

presse

Minijobs müssen eingedämmt und nicht ausgeweitet werden

Anlässlich der aktuellen Äußerung von FDP-Fraktionsvize Heinrich Kolb die 400-Euro-Minijobgrenze auf 450 Euro anzuheben, erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme:

Die SPD-Fraktion lehnt die Anhebung der Verdienstgrenze bei Minijobs ab. Die FDP denkt an dieser Stelle offensichtlich nur an die Arbeitgeber und verliert dabei die 7,3 Millionen MinijobberInnen völlig aus dem Blick, sagt Christel Humme.

Der Vorschlag der FDP-Bundestagsfraktion, die Verdienstgrenze bei Minijobs von 400 Euro auf 450 Euro anzuheben, ist irrsinnig und sendet völlig falsche Signale.

Mittlerweile sind zwei Drittel aller Teilzeitarbeitsverhältnisse Minijobs. 63 Prozent der Minijobber sind weiblich und mehr als zwei Drittel von ihnen sind ausschließlich in Minijobs beschäftigt. Mehr als 80 Prozent aller Minijobberinnen und Minijobber arbeiten für einen Niedriglohn, manche sogar für weniger als fünf Euro pro Stunde. Das ist verheerend. Das ist alles andere als eine existenzsichernde Erwerbsform und fatal für die Altersvorsorge. Die Anhebung der Verdienstgrenze auf 450 Euro würde die Situation für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur noch verschlimmern.

Die FDP denkt an dieser Stelle offensichtlich nur an die Arbeitgeber und verliert dabei die 7,3 Millionen MinijobberInnen völlig aus dem Blick. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen die Anhebung der Verdienstgrenze bei Minijobs ab. Stattdessen plädieren wir für die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse, für die Einführung eines

flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und eine stärkere Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte von Minijobbern.